

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortliche Redakteur: Riesaer Tageblatt, Riesa, Postfach Nr. 92.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt Riesa 1899, Riesa Nr. 92.

Nr. 7.

Mittwoch, 9. Januar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 1 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigerbogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reflektorzelle 100 Gold-Pfennige; je nachdem und tabellarischer Satz 90%, Aufsätze, Feine Tarife, Bildmaterial, Adressen, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Anzeigerbogensbelege, Erklärungen an der Presse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach 92. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die jugoslawische Krise.

Sinn und Charakter der Diktatur in Südslawien kann man nur dann verstehen und erfassen, wenn man sich den Konflikt vergegenwärtigt, der allein sie werden ließ. Wenn heute die Weltöffentlichkeit sich in der Hauptsache mit dem Staatsstreich des Königs Alexander beschäftigt und diesen allein zur Grundlage der Überlegungen macht, so redet sie an den Dingen vorbei. Der Staatsstreich selbst ist unwesentlich. Er ist nur eine Phase in einem Entwicklungsprozeß, der sich nunmehr zehn Jahre lang hinzieht und anscheinend noch lange nicht seiner endgültigen Lösung entgegensteht. Der Staatsstreich des Königs schafft zwar Raum für eine neue Verfassung, aber da das Grundliegende dieser neuen Verfassung noch nicht bekannt ist, und man noch nicht weiß, mit welchen Empfindungen die geplante neue Verfassung in den verschiedenen Lagern des jugoslawischen Volkes aufgenommen werden wird, so kann man auch noch nicht sagen, daß der Staatsstreich gleichbedeutend ist mit einer Beendigung des serbisch-kroatischen Streites. Eine hat er unbedingt geschaffen: Mit dem Bestehen hat er rücksichtslos aufgeräumt. Was nun folgen soll, weiß man noch nicht. Würde die Krone, die jetzt alle Macht in Händen hält, diktatorisch eine neue Verfassung dem Volke aufzwingen, so wäre an den alten Verhältnissen nichts geändert, wenn nicht alle Völkerguppen des Landes diese neue Verfassung auch innerlich bejahen. Nun ist zwar anzunehmen, daß der König zurücktritt, bei dem Schiedsrichter, den er in diesem Konflikt fällen will, die rechtlich und moralisch begründeten Forderungen aller Parteien zu berücksichtigen. Ein solcher Schiedsrichter wäre also im günstigsten Falle auch nur ein Kompromiß, das nur dann Geltung haben kann, wenn sich die von ihm Betroffenen ehrlich fügen. Somit wäre auch der Schiedsrichter selbst nicht das Befestigte, sondern nur die Haltung der Parteien. Da diese Haltung natürlich abhängig sein wird von dem, was die Krone zu beschließen für gut hält, so liegt die Entwicklung der ganzen Krise auch nach dem Staatsstreich völlig in der Luft.

Um die Verhältnisse in Jugoslawien begreifen zu können, muß man sich zunächst einmal die Zusammenfassung des Volkes der Serben, Kroaten und Slowenen vor Augen halten. Der serbische Staat vor seiner Umbildung in die jugoslawische Nation war ein Kleinstaat ohne besondere politische Stärke und Macht. Der Zusammenbruch der Mittelmächte hat aus ihm eine starke Weltmacht gemacht, die heute fast die fünfte Bevölkerungszahl des ehemaligen Serbiens aufzuweisen hat. In diesem Mittelstaat bildet der serbische Teil eine verhältnismäßig kleine Minderheit. Einige Zahlen erläutern die Zusammenfassung Jugoslawiens: 2.655.000 Serben, 1.475.000 Mazedonier, 300.000 Montenegriner, 3.740.000 Kroaten und Slowenen, 1.066.000 Slowenen, 622.000 Dalmatiner, 1.900.000 Bosnier und Herzegoviner, 1.380.000 Bosniaken. Was immerhin ein recht buntes Gemisch von Völkern, die sich in Sprache und Kultur, Zivilisation, und was hier sehr wichtig ist, in ihrem religiösen Glauben sehr stark unterscheiden. Innerhalb werden alle diese Völker durch ein gleiches Empfinden geeint: das ist der Wille zu der Einheit des jugoslawischen Staates. Man hat also zu beachten, daß die jugoslawische Krise keinesfalls durch separatistische Bestrebungen bedingt wird. Alle Parteien betonen in ihren Forderungen den Zusammenhalt des Königreichs, was sie bekämpfen, oder über was sie sich auseinandersetzen, das ist einzig und allein das Regierungssystem, die Zentralisierung des ganzen Verwaltungsapparates in den Händen der serbischen Wächter. Vielleicht hätte diese Zentralisierung der Verwaltung nicht die freudigen Erscheinungen ausgelöst, wenn diese Zusammenfassung des Verwaltungsapparates Stungen in den Verhältnissen des Vielvölkerstaates angebracht worden wäre. Aus der Tragödie der alten Donaumonarchie hätten die Belgrader Staatsmänner unbedingt etwas lernen können. Leider haben sie aber nicht aus den Fehlern des alten Wiener Regierungssystems die Erkenntnisse gewonnen, die unbedingt gegeben waren. Belgrad folgte haarscharf dem Beispiel der alten Donaumonarchie und erlebt jetzt die gleichen Erschütterungen, die einst dem Habsburger Reich das Ende brachten. Man hat festzuhalten: in den zehn Jahren des Bestehens des jugoslawischen Staates hat sich die Regierung des Landes 25 mal verändert. Fast alle Kabinettskrisen, fast alle Volksbewegungen, fast alle Erschütterungen der Innenpolitik des Landes waren bedingt durch die eine Krise, die sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte des jungen Staates hindurchzieht. Eine solche innenpolitische Belastung des Staatsapparates hätte nun allen verantwortlichen Staatsmännern Jugoslawiens den Jovang aufzulegen müssen, alle verfügbaren Energien nur auf die eine Aufgabe einer endgültigen Krisenlösung zu konzentrieren. Dieser Selbstverständlichkeit stand das Hindernis einer gleichzeitigen außenpolitischen Belastung des Staatsapparates gegenüber. Die Belgrader Regierung, gleichgültig wie sie sich zusammensetzte, machte „große Politik“, spielte in dem bekannten italienisch-französischen Gegenpaar eine aktive Rolle, schürte außenpolitische Krisen auf, die beinahe den Staat vor den Ausbruch eines neuen Krieges gestellt hätten. Das diese Regierbarkeit der jugoslawischen Außenpolitik bei Beilegung der inneren Gegensätze des Landes nicht gerade dienlich sein konnte, versteht sich von selbst. In letzter Minute stellt sich jetzt das jugoslawische Königshaus zu einer entscheidenden Tat auf. Man wird abwarten haben, ob die Tat nicht zu spät kam.

Was Barter Gilbert übersehen hat.

Die Auseinandersetzung in der deutschen Öffentlichkeit über den Jahresbericht des Reparationsagenten fördert immer neue und wichtige Gesichtspunkte, die von den deutschen Vertretern als grundlegend bedeutsam auf der kommenden Sachverständigenkonferenz hervorgehoben werden dürften.

Die der Partei des deutschen Außenministers Dr. Stresemann dienende „National-liberale Korrespondenz“ macht darauf aufmerksam, daß Barter Gilbert in früheren Berichten gezeigt hat, wie genau er Wortlaut und Sinn des Dawesabkommens kennt und daß er jetzt plötzlich sehr maßgebliche Forderungen völlig zu ermögen unterläßt. Im Sachverständigen Gutachten heißt es: „Die Einkünfte des Schuldnerlandes aus dem Ausland müssen ebenso groß wie seine Zahlungen an das Ausland.“ Und weiter: „Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschärfen, aber ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinauschieben, vermögen sie aber nicht zu ändern. Und . . . Reparationszahlungen . . . können . . . aus dem Ausland nur aus einem Überschuss der Wirtschaft aus der Arbeitsleistung des Landes bezahlt werden.“ Alle diese Voraussetzungen treffen bisher nicht zu. Es ist daher ganz unmöglich, augenblicklich schon von einem reibungslosen Funktionieren des Dawesabkommens zu reden. Was auch Deutschland eine Scheinbilanz der Wirtschaft, der eine katastrophale Verschuldung an das Ausland gegenübersteht. „Erfahrung und nur Erfahrung kann es zeigen, welche Summen man tatsächlich in fremder Währung mit überbringen können“, so heißt es weiter im Dawesgutachten. Bisher liegen noch keine Erfahrungen über das Funktionieren des Dawesabkommens nach Abschluß der Zeit der Anleiheunterstützung vor. Auch die bisher vorliegenden Erfahrungen sind vom Reparationsagenten unter Fortlassung sehr wesentlicher Beobachtungen und Erscheinungen allzu optimistisch ausgewertet worden. Barter Gilbert selbst hat inzwischen zugegeben, daß sein Bericht deshalb im Widerspruch zu dem Bericht des Handelsattachés der amerikanischen Botschaft steht, weil sein Bericht das letzte Vierteljahr außer acht läßt. Daher hat er nicht auf die wirtschaftlichen Krisen zu Beginn des Winters und auf die passiv Handelsbilanz des November aufmerksam gemacht. Was er nicht hätte übersehen dürfen, das ist aber die steigende Schuldverschuldung der Reparationswelt, die bereits über die deutsche Landwirtschaft hinweggegangen ist und immer neue Schäden ergreift.

Die amerikanische Bankwelt und die Verhandlungen Barter Gilberts.

New York. Albert O. Wiggin, der Vorsitzende des Ausschusses der Chase Nationalbank, der weitestgehenden Bank New Yorks, erklärte in seinem Jahresbericht, neben Coopers Reise nach Lateinamerika sei das bedeutendste Ereignis des Jahres 1928 die Einleitung der Verhandlungen über die Revision des Dawesplans durch Barter Gilbert, wobei die freundlichen Beziehungen zwischen Irland und Stresemann besonders ins Gewicht fielen. Wiggin spricht die Erwartung aus, daß das neue Abkommen einen Termin für die Einleitung der Reparationszahlungen festsetzt, daß es die Befriedigung der ausländischen Uebermacht bringt und daß die Reparationsschuld von einer politischen in eine wirtschaftliche Verpflichtung umgewandelt wird, die im offenen Markt verwertbar und zur Abtragung der allierten Kriegsschulden gegenüber den Vereinigten Staaten verwendbar ist. Die amerikanische Bankwelt hegt großes Vertrauen in Gilbert, der sicher sein könne, daß der neue Plan in den Vereinigten Staaten wohlwollende Prüfung finden werde.

Der Monatsbericht des Reparationsagenten.

Berlin. Das Büro des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die verfügbaren Gelder und vorgenommenen Transfers im fünften Annuitätensjahr bis zum 31. Dezember 1928. Der Gesamtbeitrag der eingeangenen Reparationsgelder betrug in diesem vier Monaten des 5. Annuitätensjahres 922.497.671,53 Goldmark, der Gesamtbeitrag der vorgenommenen Transfers 720.271.530,59 Goldmark. Davon wurden in ausländische Währung übergeführt 394.724.752,35 Goldmark. Im Monat Dezember allein gingen 184,8 Millionen ein, von denen 110,5 in ausländische Währung transferiert wurden.

Von den Hauptreparationsgläubigern erhielten im Dezember Frankreich 90,5 Millionen, England 89,5, Italien 15,3 und Belgien 9 Millionen Goldmark. An die Vereinigten Staaten von Amerika wurden 7,3 Millionen, darunter 4 Millionen für die rückständigen Besatzungskosten geleistet.

Der Bericht des Botschafters.

Berlin. Der deutsche Botschafter v. Goeth hat, bevor er seine Reise nach Berlin antrat, so er inzwischen eingetroffen ist, eine Unterredung mit Irland. In diese Unterredung knüpft die französische Presse alle möglichen Vermutungen, die aber nicht zutreffen können. Denn nach unserer Information hat Goeth nicht den Auftrag gehabt, über den schwebenden Fragenkomplex hinaus neue Fragen anzuschneiden. Die deutsche Außenpolitik hat aus dem Standpunkt, daß zunächst die beiden Fragen: Reparation und Anleiheunterstützung erledigt werden müssen. In der Frage der Reparation ist nicht mehr viel zu verhandeln. Hier werden die Sachverständigen zu entscheiden haben. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die Konferenz zusammenzutreten kann. Die Ernennung der Sachverständigen ist eine reine Formalfrage, nachdem der Entschluß gefallen ist, wie sie ernannt werden sollen. Wir sind aber davon unterrichtet, daß der deutsche Botschafter Irland wissen ließ, Deutschland werde in Uebereinstimmung mit den übrigen Reparationsmächten die amerikanischen Sachverständigen einladen, die von Washington aus genannt werden. In der Hauptsache hat der deutsche Botschafter die Frage der Anleiheunterstützung behandelt. Es wird noch bekannt sein, daß, wenn auch nicht bestimmte Beschlüsse in Bezug gefaßt wurden, so doch für diese Frage neue Verhandlungen, und zwar in allerhöchster Zeit, in Aussicht genommen wurden. Was nun geschehen soll, ist Aufgabe des deutschen Außenministers festzusetzen. Goeth kommt zum Bericht nach Berlin, Stresemann erwartet also von ihm, daß er auch über die Auffassung der französischen Regierung zur Räumungsfrage unterrichtet wird. Der Inhalt des deutschen Botschafters in Berlin wird nur einige Tage dauern. Mit neuen Instruktionen versehen, wird er besonders die Belange des belagerten Gebietes verfolgen. Wenn die deutschen Außenpolitik sich künftig auch größere Zurückhaltung auflegen wird, so muß es Aufgabe der Diplomatie sein, diese brennende Frage zeit zu machen und die Vorarbeiten einzuleiten, die zu ernsthaften Verhandlungen führen können.

Entscheidungen des Wahlprüfungsausschusses für den Reichstag.

Berlin. Das Wahlprüfungsausschuss beim Reichstag erklärte am Dienstag die Wahlen für Wommern, Weidenburg, Schleien, Schönewitz-Golden-Gumburg und Döberitz für gültig. In früheren Verhandlungen kam es nur über die Wahl in Wommern-Gülden aus Wahl von Wahlberechtigten der Sozialistischen Partei

und der Sozialdemokratischen Partei gegen die Wahl des Landwirts Hans Ober in Ehom, der dem Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund angehört. Die Reichsregierung hatten geltend gemacht, daß der an zweiter Stelle des Wahlnachschlags der betreffenden Partei aufgestellte Bewerber richtig Johann Oberer heiße und von Obern nicht Landwirt, sondern Redakteur und Geschäftsleiter einer Zeitung sei. Das Wahlprüfungsgericht kam zu der Auffassung, daß die Absicht einer Täuschung der Wählermassen und die Vereinfachung einer unbestimmten Anzahl von Personen durch eine Täuschung nicht nachweisbar sei. Andererseits hätte eine Neuwahl im ganzen Wahlkreis vorgenommen werden müssen. Weder das beigebrachte Material noch der Inhalt der allgemein gehaltenen Reichsregierung reichten zu einer Feststellung in dem abgegebenen Sinne aus. Das Gewählte habe tatsächlich eine Reihe von Jahren landwirtschaftliche Berufstätigkeit ausgeübt und habe objektiv zu Unrecht bereits längerer Zeit vor Einreichung des Wahlnachschlags den Namen Ober geführt.

U. Dirksen überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

Roma. (Tel.) Wie aus Moskau gemeldet wird, überreichte am Dienstag der neue deutsche Botschafter, U. Dirksen, dem bei der Einfahrt in den Armethof militärische Ehren erwiesen wurden, dem Präsidenten Salimio sein Beglaubigungsschreiben. Der Ueberreichung wohnten Urbinow, Karagan und andere Mitarbeiter des Außenministeriums bei. Salimio und U. Dirksen äußerten in ihren Ansprachen, daß sie alles unternehmen würden, um die deutsch-russischen Beziehungen zu fördern. Nach dem offiziellen Empfang gewährte Salimio dem deutschen Botschafter eine Privatunterredung, die etwa 1/2 Stunde dauerte.

Trauerfeier für den Gesandten Walkroth.

Berlin. In Oslo fand gestern nachmittag für den verstorbenen Deutschen Gesandten Dr. Walkroth, unter großer Beteiligung die Trauerfeier statt. Der König von Norwegen hatte Kabinettsminister von Langen als seinen Vertreter entsandt. Für die norwegische Staatsregierung waren der Staats- und Außenminister Johann Ludwig Mowinckel und der Staatssekretär des Reichern Schwach, beide mit ihren Gemahlinnen, erschienen. Das Diplomatische Korps mit dem Dogen, dem amerikanischen Gesandten Swanton, an der Spitze, war vollständig anwesend. Zahlreiche Angehörige der Deutschen Kolonie und viele hervorragende Norweger nahmen außerdem an der Trauerfeier teil.